

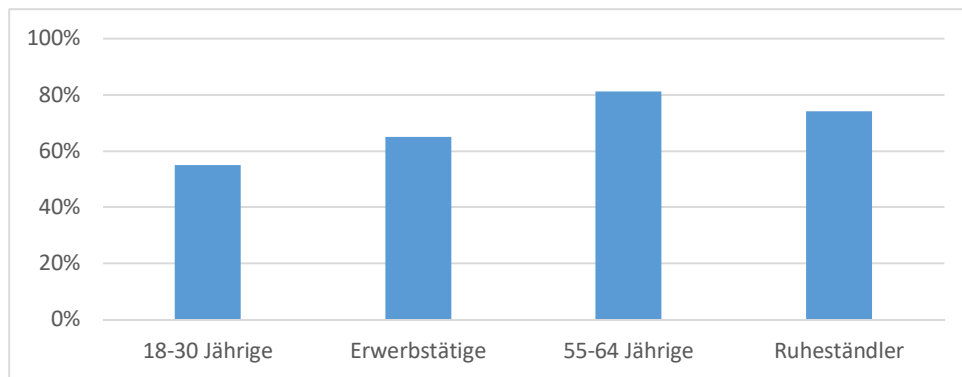
Deutschlandtrend zur Rentenfrage

Jedes Frühjahr befragt das Institut YouGov im Auftrag der AXA-Versicherung Erwerbstätige ab 18 Jahren und Ruheständler zu Fragen der Rente. Im April 2018 wurden hierzu 3.368 Interviews geführt, die aus unserer Sicht bemerkenswerte Ergebnissen ergaben und die wir hier auszugsweise darstellen wollen.

Überraschend mag sein, dass auf die Frage, „bei welchen Vorhaben sollte sich der Staat stärker engagieren, die mit 70% höchste Erwartung auf höheren Renten liegt, gefolgt von 52% für bessere Gesundheitsversorgung, 51% für bessere Schulen und erst mit 40% das Thema mehr Wohnraum.

Dieser hohen Erwartungshaltung an die Politik hinsichtlich einer Erhöhung der Renten steht allerdings mit 71% ein verlorenes Vertrauen in die Politik gegenüber, dass diese das Thema Altersvorsorge auch lösen wird.

Wenn wir uns die Zustimmung zur Frage. „Höhere Renten für Menschen im Ruhestand“ als in der Bevölkerung wichtigstes staatliches Vorhaben im Detail ansehen, so stellen wir nachfolgende Verteilung auf die unterschiedlichen Altersgruppen fest:

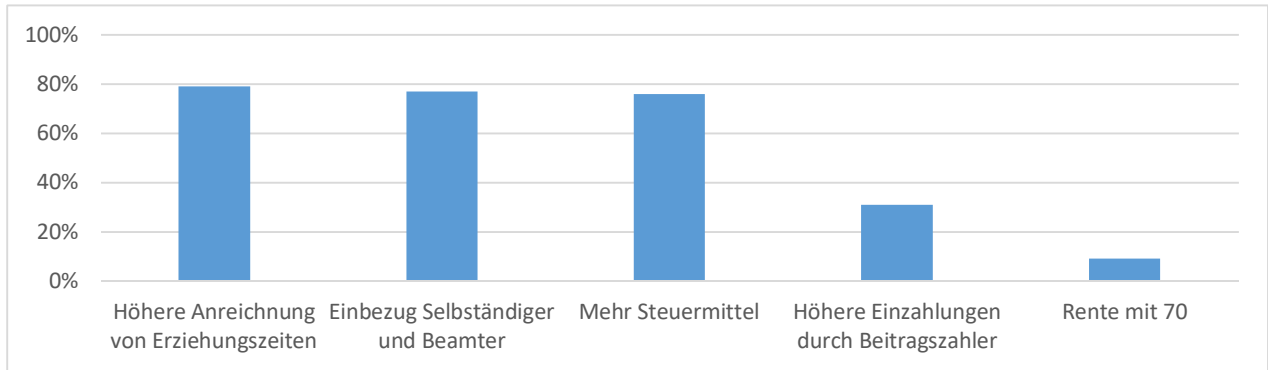


Dass 81% der sogenannten „rentennahen Jahrgänge“, also der Erwerbstätigen zwischen 55 und 64 Jahren, diesen Bereich als überaus wichtig ansehen, mag man aufgrund der zunehmenden eigenen Annäherung an die Rente gut verstehen. Dass dieses Thema aber auch für die unter 30-jährigen mit 55% eine so hohe Zustimmung erhält zeigt, wie verunsichert breite Teile der Bevölkerung hinsichtlich des eigenen Ruhestandes sind.

Entsprechend verspüren 64% der Erwerbstätigen Angst vor dem Thema Altersvorsorge und bei 51% überwiegen die Sorgen beim Gedanken an den Ruhestand.

Was also sollte man tun, um die Altersvorsorge zu optimieren? Auch hierzu wurden die Teilnehmer befragt.

Sehr unterschiedlich fällt dabei die Antwort auf die Frage aus, welche Ideen und Maßnahmen im Rahmen der aktuellen Rentenreform-Diskussion als sinnvoll erachtet werden. So antworteten mit „sehr gut“ oder „gut“ die nachfolgend dargestellten Anteile:



Klar erkennbar ist, dass Optionen, bei denen mehr Geld versprochen wird (Kindererziehungszeiten oder mehr Steuermittel) von fast 4/5 aller Befragten gewünscht werden, während eigene Anstrengungen (Höhere Beitragszahlungen oder spätere Rente) kaum gewünscht werden.

Fazit:

Bei der Betrachtung dieser Umfrageergebnisse muss sich niemand über die Vereinbarungen der letzten und aktuellen „Großen Koalition“ wundern, die zusätzliche Leistungen für diverse Ruheständler (u.a. Mütterrente oder Rente mit 63) beinhalteten und zugleich suggerierten, dass diese Leistungen auch künftig stabil bleiben können, ohne die Beiträge zu erhöhen oder Arbeitszeiten zu verlängern.

Nachdem jetzt in den letzten Jahren diverse zusätzliche Rentenausgaben beschlossen wurden, die langfristig das Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung weiter erhöhen, soll jetzt seit Juni eine Kommission die Lösung für die Zeit nach 2025 finden, wenn das Verhältnis Erwerbstätiger zu Rentenempfängern durch den Ruhestand der geburtenstarken Jahrgänge drastisch verschlechtern wird. Wir werden Sie über die Entwicklung informieren, aber die Vorgaben des Arbeitsministers erscheinen uns eher als Wunschdenken oder die sprichwörtliche „Quadratur des Kreises“. Schon heute ist der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit über 140 Milliarden Euro für 42% der Ausgaben auf Bundesebene verantwortlich.¹ Davon gehen fast 100 Milliarden Euro als Zuschuss zur gesetzlichen Rente. Das ist fast exakt genauso viel, wie für die Etats Verteidigung, Verkehr und digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Gesundheit ausgegeben wird.²

Sollten auch Sie zu den 51% gehören, die beim Gedanken an den Ruhestand eine gewisse Sorge empfinden, so empfiehlt sich die Aufstellung einer persönlichen Bilanz, mit welchen Zahlungen im Ruhestand zu rechnen sein wird. Daraus können – bei Bedarf – Handlungsoptionen abgeleitet werden. Dies wird oftmals als Generationenberatung bezeichnet, ist aber u.E. eher mit einer strategischen Planung in Unternehmen vergleichbar. Gerne unterstützen wir auch Sie dabei.

Ihr

Dr. Michael König

Die Einschätzungen, die in diesem Dokument vertreten werden, basieren auf Informationen Stand Juli 2018. Die Einschätzungen sollen dabei nicht als auf die individuellen Verhältnisse des Lesers abgestimmte Handlungsempfehlungen verstanden werden und können eine persönliche Beratung nicht ersetzen. Alle Informationen basieren auf Quellen, die wir als verlässlich erachten. Garantien können wir für die Richtigkeit nicht übernehmen.

¹ Vgl. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstreifen/Mediathek/Infografiken/bundshaushalt-2018-2021-regierungsentwurf.html;jsessionid=B9D7DC1578860A02ADA6E8C053854F2E?notFirst=true&docId=120658#photogallery>

² Zusammen sind dies 98,9 Mrd. Euro. Vgl. ebenda.